

Riesfaer Tageblatt

Druckerscheft
Tageblatt Riesa.
Grunnstr. 20.
Postfach Nr. 22.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postkonton:
Dresden 1580.
Girokonto:
Riesa Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Saubrotamts Weißen beschließend bestimmte Blatt.

Nr. 227.

Mittwoch, 28. September 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Heben. Für den Fall des Eintreffens von Subskribentenleistungen, Erhöhungen der Abos- und Belegpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vorabends anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Druckzeile (5 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife, gewöhnlicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtliche Unterhaltungsbeiträge: Original an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Postanstalt oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Verzögerung oder Nichtlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzschtr. 20. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Genfer Friedensdemonstration.

Dr. Stresemann und Herr Briand haben ihr Ziel erreicht. Durch die demonstrative Form ihrer letzten Besprechung in dem Wandelgange des Hotels Victoria haben sie der Weltöffentlichkeit unabweislich bewiesen, daß sie gar nicht daran denken, auf Grund der letzten Presse-Campagne und der neu aufgeloberten Meinungsverschiedenheiten über die Kriegsschuldfrage ihre Bemühungen um ein wirkliches Einverständnis einzustellen. Was die beiden Außenminister da vor den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit besprochen, wird wohl nichts als ein Witzstück gewesen sein. Sicherlich sind in der Unterredung die letzten Reden Poincarés, Barthous und Jaspars nicht unerwähnt geblieben. Aber in den zwanzig Minuten dieser unverbindlichen Aussprache dürfte wohl kaum irgend etwas Grundschlüssliches über die aufgeworfenen Probleme geäußert worden sein. Diese zwanzig Minuten waren keine Aussprache, sie waren nur eine Demonstration des Willens, daß die offizielle Politik der beiden Länder in den gleichen Bahnen fortgeführt wird wie bisher. Die Journalisten aller Länder, die in der Nähe waren, haben den Wortlaut verstanden, die Weltöffentlichkeit schließlich auch. Die Wirkung sei es auf die Minute. Genf ist beruhigt, Paris ebenfalls, Berlin nicht minder.

Als Ergebnis der ganzen Aufregung der letzten Tage steht zu verzeichnen, daß die Kriegsschuldfrage nicht erörtert wird, daß man sich über all die Probleme, die mit ihr zusammenhängen, im Sinne Barthous „ausweichen“ wird. Was besagen soll, daß der Passus im Versailler Friedensvertrag, der von der alleinigen Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges spricht, „zu Recht“ stehen bleibt. Gemäß dem Willen von Paris, dem sich im großen und ganzen nach einigen Bann und Aber auch London vollständig anschließt. Ist die englische Presse zwar nicht allzu angenehm berührt von den letzten Denkmalsreden in den Antenne-Ländern, so gibt sie doch den französischen Wünschen insofern nach, als auch sie glaubt, die Meinung vertreten zu müssen, daß eine Untersuchung der Kriegsschuldfrage heute „das Gefährlichste für die gegenwärtige politische Lage Europas wäre“. Man höre die „Westminster Gazette“: „Ein Schiedsgericht, wie es von dem deutschen Reichspräsidenten vorgeschlagen werde, dürfte kaum kompetenter in seinem Urteil sein als die Verfasser des Friedensvertrages, da es keine zwei Diktatoren gibt, die bisher zu gleichen Ergebnissen bei der Geschichtsforschung der letzten fünfzehnjährigen Jahre gelangt sind...“ Eine recht merkwürdige Auffassung, die hier das englische Blatt zum Westen gibt. Es bestätigt einerseits die Tatsache, daß es heute keine zwei Diktatoren gibt, die zu gleichen Ergebnissen in der Vorgeschichte des Krieges kommen könnten. Voricht aber andererseits diese Kompetenz den Verfassern des Friedensvertrages zu. Da die ja bereits das Urteil gesprochen haben und nach Ansicht des Blattes eine Revision gegen dieses Urteil nicht angebracht wäre. So das Echo in London. Braucht man sich da über die Genf-Eskapaden in Paris und Brüssel zu wundern?

Als Reichspräsident von Hindenburg seine Ansprache am Tannenbergs-Denkmal hielt, da hatte er wohl kaum die Absicht, durch seine Worte das Signal zu einer deutschen Aktion gegen die Kriegsschuldfrage zu geben. Er sprach nur aus, was er empfand, mit ihm wohl das gesamte deutsche Volk: die Gewißheit, daß wir nie den Krieg gewollt haben und daß wir ihn, als er uns aufzunehmungen wurde, so führten, wie jede anständige Nation ihn führen mußte. Wir glauben kaum, daß die Ausrufung eines solchen Empfindens dem europäischen Frieden „abträglich“ sein kann. Denn dieses Empfinden hat keine Angriffskräfte, ist keine Anklage, kein Vorwurf gegen irgend eine andere Nation. Ob man dasselbe von den Reden Poincarés, Barthous und Jaspars in den letzten Tagen hielt, ist zweifelhaft. Die Friedensdemonstration Stresemanns und Briands dürfte wohl dem Streift der letzten Tage die Kräfte genommen haben. Das ist gut so. Eine Verschärfung unserer Beziehungen zu Frankreich hätte nicht im Interesse Deutschlands gelegen. Was nicht heißen soll, daß wir die Fortsetzung der Kriegsschuldfrage für alle und ewige Zeiten als „erledigt“ betrachten. Diese Erörterung muß kommen und wird kommen; wenn auch nicht heute oder morgen, so doch zu der Zeit, die reif für sie ist.

Die geheimnisvolle Besoldungsreform.

qu. Berlin. Das Reichsfinanzministerium hat seinerzeit mitteilen lassen, daß es lokaler Weise mit der Veröffentlichung der Besoldungsreform warten wolle, bis Breuher die Gehaltsregelung für seine Beamten vorgenommen habe. Inzwischen hat Breuher die Tabelle für seine Reform veröffentlicht, ohne daß sich das Reichsfinanzministerium diesem Schritt angeschlossen hätte. Jetzt erklärt man, daß der Reichsfinanzminister beim Reichsrat um Geländnis nachgefragt hat, die Vorlage, die jetzt als Reichsrats-Drucksache gilt, veröffentlicht zu dürfen. Auch in Kreisen der Regierungspartei kann man keinen Grund dafür einsehen, weshalb die Besoldungsreform derzeit geheimnisvoll behandelt wird.

Poincaré gegen weitere Reden.

Paris. (Funknachricht.) „Echo de Paris“ will wissen, daß Poincaré seinen Ministerkollegen das Versprechen abgenommen hat, vor dem Wiederzusammentritt des Parlaments, also dem 18. Oktober, keine Reden mehr zu halten.

Die Hochwasserkatastrophe vor dem Landtag.

M. Dresden, 27. September 1927.

Der Sächsische Landtag trat heute nachmittags 1 Uhr zu einer kurzen Zwischensitzung zusammen. Zur Beratung steht der vorläufige Teilbericht der Staatsregierung über die

Hochwasserkatastrophe im Müglib- und Gottliebental

und über die bisher getroffenen Maßnahmen für den Wiederaufbau dieses Gebietes. Mit zur Beratung stehen die Vorläufe über einen Nachtrag von 13 000 000 RM. zu dem außerordentlichen Haushaltsplan 1927 und über die Vorläufe betr. die gebliebene Auswirkung der Hochwasserkatastrophe im Sächsischen Erzgebirge.

Vorsitzender Schwartz stellt fest, daß der Landtag sich der Trauerkundgebung des Zwischenausschusses vom 12. Juli anschließt. Weiter teilt er mit, daß der Abg. Poggenheger (Dnat.) krankheitsbedingt sein Mandat niedergelegt habe. Im Namen des Vorstandes dankt er ihm für seine einwandfreie Mitarbeit. An seiner Stelle sei der Abg. Bötner eingetreten, den er begrüßt. (Seit-Rufe von der Bank.) Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein.

Ministerpräsident Heldt

begründet den Teilbericht der Regierung. Er dankt allen Helfern für ihre Mitarbeit, sowie allen Spendern aus allen Sandesteilen, dem Reich und dem Auslande. Rund 5 450 000 RM. seien eingegangen. Kleinmengen, Möbel und dergl. seien so reichlich gespendet worden, daß noch größere Mengen der Verteilung hätten.

Der Ministerpräsident schildert dann die Wiederaufbauarbeiten und die zu ihrer Förderung ergriffenen Maßnahmen der Regierung und Gemeinden. Die Wohnbauten seien zum größten Teil bereits im Gange. 13 Mill. RM. würden zur Durchführung des Wohnungsbauprogrammes gebraucht, von denen 800 000 RM. aus der Wohnungsteuer entnommen würden. Die vorerlebten drei Talperrren werden rund 20 000 000 RM. kosten, eine für Sachsen kolossale Summe, die nur aufgewendet werden könne, wenn die Talperrren sich als unumgänglich notwendig erweisen sollten. Die bisher vom Reich gewährten Beihilfen von 1 270 000 RM. seien nur als vorläufige Beiträge zu bewerten. Sie seien völlig unzureichend. Die Regierung stehe mit der Reichsregierung seit langem in Verhandlungen wegen Fortsetzung der endgültigen Beitragsleistung. Es sei zu hoffen, daß diese Verhandlungen in aller nächster Zeit zum Abschluß kommen und so ausfallen, daß es der Regierung möglich sein wird, den Geschädigten noch weiter zu helfen, als nach dem letzten Stande der Sache möglich ist.

Die Aussprache

eröffnet Abg. Schwartz (Soz.). Er erklärt, seine politischen Freunde seien nicht mit allen Maßnahmen der Regierung einverstanden. Es sei anzuerkennen, daß von der Regierung wenigstens der Versuch unternommen worden sei, alles zu tun, was möglich sei. Doch auch Beamte in das zerstörte Gebiet geschickt wurden, die es nicht verstanden haben, mit der Bevölkerung zu verkehren, sei schuldbar. Ebenso, daß Arbeiter freilassen, oder Unternehmer sich gesundmachen versuchten. Es sei zu verurteilen, daß die Arbeitsnachweise auch solche Kräfte in das zerstörte Gebiet schickten, die den an sie gestellten Ansprüchen nicht gewachsen waren. Die den Arbeitern für ihre schmutzige und gesundheitsgefährliche Tätigkeit gewährten Löhne seien unzureichend gewesen. Auch die Unterbringung der Arbeiter lasse viel zu wünschen übrig. Es stünden heute noch Baracken da, welche die Bezeichnung „Kantinenhäuser“ verdienten. Hinsichtlich der Verkehrsbereitstellung habe die Reichspost ein Musterbeispiel von Unbeholfenheit gegeben. Im Gegensatz dazu hätten die Autoomnibusse der Sächsischen Werke Großes geleistet. Die Wasserleitungen liegen heute noch oberirdisch, und es bestehe die größte Gefahr des Einsturzens. Unverhätlich sei es, daß die Reichsbahn noch immer die Normalspur ablehne. Die Regierung dürfe sich nicht einwickeln lassen.

Rebner kritisiert sodann die Pläne der Regierung. Dauerlich sei es, daß die Geschädigten heute noch nicht wissen, was sie bekommen sollen. Bei den Schadensfeststellungen werde ein zu großer Unterschied zwischen den sogenannten besseren Familien und den Arbeiterfamilien gemacht. Wenigen, die angesichts einer solchen Katastrophe noch versuchten, den Staat zu betragen, verbieten nicht mehr den Namen eines Ehrenmannes. Die in schlechten Verhältnissen lebenden Geschädigten müßten zu 100 Prozent entschädigt werden; dagegen könne die Entschädigung an anderer Stelle gekürzt werden. Nicht einverstanden sei er mit der vorgeschlagenen Beihilfe für den Wohnungsbauprogramm. Bedürftigen Gemeinden müßten höhere Beträge gewährt werden. Die gesamten Forderungen seien nachzutragen. Talperrren müßten gebaut werden. Gewiß sei eine Belastung Sachsens mit weiteren 20 Mill. RM. untragbar, aber es müsse nun endlich einmal vom Reich wirksam eingegriffen und geholfen werden. Um das Reichsschulden durchzuführen, habe man ja eine Milliarde abgibt. Aus dem deutschen Volk werde man allerdings auf die Dauer nicht so viel herauslösen können wie jetzt; das werde auch das Ausland bald einsehen müssen. Rebner fordert schließlich entsprechend den Ansichten seiner Partei die Vereinfachung von 200 000 RM. für

die besonders geschädigten Gemeinden und 4 Mill. RM. als erste Rate zum Bau von Talperrren.

Abg. Henner (Komm.) wendet sich dagegen, daß der Internationalen Arbeiterhilfe die Sammelstätigkeit erschwert worden sei. Dann beschäftigt er sich mit der Entlohnung der Arbeiter im Katastrophengebiet, die unzureichend gewesen sei. Die Partei des Landtagspräsidenten Schwarz trage genau dieselbe Schuld daran wie die Bürgerlichen, daß das Reich noch nicht mehr Mittel bereitgestellt habe, da ja auch die Sozialdemokraten in der Zwischenausschussführung den kommunistischen Antrag abgelehnt hätten, durch den die Reichsregierung ersucht werden sollte, als erste Rate zehn Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Im Unwettergebiet sei man mit den Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten noch sehr im Rückstande. Den Reinen unter den Geschädigten müßte die volle Summe erstattet werden. Zu fordern sei, daß die Arbeiten beschleunigt und wieder mehr Kräfte eingestellt würden. Die Arbeiter müßten noch Tariflohn bezahlt werden. Es wäre richtiger gewesen, wenn die Regierung die Arbeiten in eigener Regie ausgeführt hätte.

Abg. Großmann (Wirtsch.) gibt folgende

Erklärung der Regierungsparteien

ab. Die Regierungsparteien halten es für die erste Pflicht des Landtags, den von den Unwetterkatastrophen schwer betroffenen Bewohnern des Müglib- und Gottliebentales ihre innigste Anteilnahme auszusprechen und daran die Beseitigung zu knüpfen, daß sie mit allen Kräften bemüht sein werden, die unheilvollen Folgen der Katastrophe nach besten Kräften wieder auszumachen.

Die Regierungsparteien haben mit größter Aufmerksamkeit die Maßnahmen der Regierung verfolgt, die zur Beseitigung der schrecklichen Folgen der Unwetterkatastrophe im Sächsischen Erzgebirge getroffen wurden. Vertreter der genannten Parteien überreichten sich dauernd von dem Fortgang der Arbeiten für die erste Hilfe. Die Tatsache, daß trotz der ungenügenden Vermögensverhältnisse nach vierzehn Tagen ein Rotverkehr durch beide Täler ermöglicht war, ist nicht nur eine außerordentliche Leistung der Organisation und der Technik, sondern ist auch der Mitwirkung der vielen freiwilligen Helfer, der Unternehmer und der Arbeiter zu verdanken, die unter dem Eindruck der Katastrophe ihr Bestes gaben. Ihnen allen gebührt daher Dank und Anerkennung. Insbesondere gedenken wir aber des Selbstaufopferens der vom Unglück betroffenen Bewohner, die nach einer grausigen Nacht, die ihnen alles nahm, unverzüglich an den Wiederaufbau und die Wiedereinrichtung ihres Heimes gingen. Hier hat nach den Berichten die Regierung nach Kräften sofort helfend eingegriffen und vor allen Dingen durch Bereitstellung von Mitteln die Inhaberschaft der Grundstücke, Gebäude und Wohnungen ermöglicht. Wir sind uns klar darüber, daß bei der Größe des Unglücks nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten. Wir richten deshalb die bringende Bitte an die Regierung, in der Hilfeleistung von großzügigen Gesichtspunkten auszugehen und allen an sie herantretenden Anregungen mit Wohlwollen nachzugehen und sie nach Möglichkeit zu erfüllen. Die Regierungsparteien hätten erwartet, daß die Entschädigungsfrage bereits gelöst worden wäre, müßten aber anerkennen, daß ohne Kenntnisse über die Höhe der Mittel, die das Reich zur Verfügung stellt, eine endgültige Angabe der Höhe der Entschädigung außerordentlich schwer ist. Sie werden bemüht sein, im Anschluß zusammen mit der Regierung eine Regelung zu suchen, die den Geschädigten baldigt Klarheit über die ihnen zugeborene Hilfe verschafft. An dieser Stelle sprechen die Regierungsparteien allen Spendern freiwilliger Beihilfen in Sachen, im Reich wie im Auslande für ihre Opferwilligkeit ihren herzlichsten Dank aus. (Bravo!)

Bezüglich des wirtschaftlichen und technischen Wiederaufbaues haben die Regierungsparteien sich davon überzeugt, daß derselbe in vollem Gange ist. Mit besonderer Befriedigung wird festgestellt, daß kurze Zeit nach dem Unglück Industrie und Gewerbe ihre Betriebe wieder eröffnen konnten und damit weitere Schäden für die betroffenen Arbeiterfamilien verhindert wurden. Ebenso werden die nachdrücklichen Maßnahmen anerkannt, die einmal die obdachlosen Familien unterbrachten und zum anderen den Wiederaufbau der Wohnungen sofort in die Wege leiteten. Die Regierungsparteien werden im Ausschuss noch Gelegenheit nehmen, sich von dem Aufbauplane der zerstörten Gebäude, der Flurskulte und der Straßen zu überzeugen und dazu im einzelnen Stellung zu nehmen. Dabei werden sie auch zur Frage des Baues von Talperrren sich eingehend äußern. Auch hier hatten die Regierungsparteien erwartet, daß die Regierung mit bestimmten Vorschlägen an den Landtag herantreten werde. Sie haben aber Verständnis dafür, daß angesichts der außerordentlich schwierigen technischen Fragen und der finanziellen Auswirkung und bei der notwendigen Befriedigung von industriellen Betrieben die Regierung alle Maßnahmen genau erwägt und bis ins einzelne nachprüft, die geeignet sind, den Hochwasserbeschädigten am besten und zweckmäßigsten zu gewährleisten.

Die Regierungsparteien wünschen daher, daß die Frage der Talperrren oder des sonstigen Hochwasserbeschützes vom Haushaltsausschuss B zusammen mit der Regierung weiter geprüft und bis zur nächsten Tagung des Landtags zur endgültigen Klärung gebracht wird. Sie beantragen deshalb, daß die betreffenden Vorlagen dem Haushaltsausschuss B überwiehen werden und beschließen